

Henry Habegger

Für die Bundesanwaltschaft ist der Fall nach mehrjährigen Ermittlungen klar: Der Mann ist ein hartgesottener Mafioso. Der 59-jährige Italiener aus dem Aargau habe sich am 'Ndrangheta-Clan der Anello-Fruci aus Filadelfia in Kalabrien beteiligt. Von 2001 bis zu seiner Verhaftung im Juli 2020 habe er die kriminelle Organisation um Boss Rocco Anello in der Schweiz aktiv unterstützt, heisst es in der Anklageschrift. Ab Ende August muss sich der in Kalabrien geborene Mann vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona verantworten.

Ein Bruder, mehr als ein Bruder

Er betrieb in Muri AG ein kleines Gartenbau- und Baggerunternehmen. Ihm werden auch Hehlerei, Verstösse gegen das Waffengesetz, Drogenhandel und die Verbreitung von Falschgeld vorgeworfen. Für Boss Rocco Anello sei er «wie ein Bruder» gewesen. Das beruhte auf Gegenseitigkeit: Er selbst gab gegenüber einem V-Mann der Bundespolizei sogar an, der Boss sei «mehr als ein Bruder» für ihn.

Rocco Anello kümmerte sich, auch mithilfe seiner in der Schweiz lebenden Schwester, um die wirtschaftlichen Interessen der kriminellen Organisation hierzulande. Der Baggerunternehmer fungierte laut Anklage als eine Art Statthalter in der Schweiz. Er soll Geldeintreiber und Einschüchterer, Geldkurier und Waffenlieferant sowie Aufpasser über die Investitionen des Clans gewesen sein. Zusammen mit anderen Italienern brachte er Erlöse aus den Geschäften der Sippe nach Kalabrien. Zudem organisierte er Treffen mit anderen Gangstern in der Schweiz zum Drogenhandel und war selbst als Vermittler aktiv.

Die gut 70 Seiten starke Anklage führt zahlreiche Beispiele für seine mutmassliche Unterstützung des Mafia-Clans auf. Laut einem Zeugen war etwa die Rede davon, für 10'000 Franken eine Firma zu kaufen und über diese eine Aufent-



Eine Razzia bei der 'Ndrangheta.

Bild: Fedpol

Für den Mafia-Boss war er «wie ein Bruder»

Ein 59-jähriger Italiener aus dem Aargau soll über Jahre als Vertrauensmann eines kalabrischen 'Ndrangheta-Clans in der Schweiz agiert haben.

haltsbewilligung für Rocco Anello zu erhalten. Geplant war die Übernahme eines Restaurants, um dem Boss zu einer Anstellung als Koch oder Geschirrwäscher zu verhelfen.

Anello wollte zwar weder in der Schweiz wohnen noch arbeiten, sich hier aber ein Gehalt auszahlen lassen und Sozialabgaben entrichten. «Angesichts seines Alters» – heute ist er 65 – wollte er so in den Genuss

von Schweizer Sozialversicherungsleistungen kommen, die er später in Italien beziehen wollte. Was aus dem Plan wurde, ist unklar.

Drehscheibe in Muri AG

In Muri AG war auch eine weitere Hauptfigur des Clans ansässig: der formelle Inhaber einer Pizzeria, der im Juli 2020 im Rahmen derselben Operation in

Italien verhaftet wurde. Laut Anklageschrift wurden bei dem Wirt über 20 Revolver, Pistolen, Karabiner und Gewehre sowie Munition sichergestellt.

Die Anello-Fruci haben laut Anklage auch Verbindungen zu einem anderen Clan, der in der Schweiz insbesondere im Drogengeschäft sehr aktiv war: den Larosas aus Giffone in Kalabrien um Boss Giuseppe Larosa («Beppe la Mucca») und dessen

Sohn Pasquale. Der Vater hielt sich vor Jahrzehnten, getarnt als Bauarbeiter, vor allem in Graubünden auf. Sohn Pasquale vertrieb später von seinem Wohnsitz in Zürich aus Kokain.

Der beschuldigte Italiener aus dem Aargau soll dabei in besonders engem Kontakt mit einem Schwager Larosas gestanden haben, der mit Kokain handelte und im Kanton Solothurn Restaurants betrieb.

Die Anellos und die Larosas waren von Fino Mornasco in der Provinz Como aus in einer Art Joint Venture aktiv. Sie waren und sind zudem mit Familien aus Frauenfeld und Winterthur verbunden. In Winterthur hielt der Larosa-Clan in einem Schrebergarten eine Mafia-Zusammenkunft ab.

Das «locale di Frauenfeld» machte 2014 Schlagzeilen, als die Bundespolizei ein Mafia-Treffen mit versteckter Kamera filmte. Der Clan hatte sich als Boccia-Club getarnt.

Der Beschuldigte hatte laut Anklage auch Kontakte zur gefährdeten Roma-Familie Abbruzzese aus Cassano in Kalabrien. Auch zur neapolitanischen Camorra pflegte der Anello-Clan in der Schweiz Beziehungen, so die Anklage.

Der Baggerunternehmer soll laut Anklage auch Schulden und Kredite eingetrieben und dabei Drohungen, darunter Todesdrohungen, ausgestossen haben. Über Strohleute soll er Investitionen des Clans in Nachtclubs und Restaurants unter anderem in Schaffhausen und Bülach ZH überwacht haben.

Seit Jahren auf freiem Fuss

Im Zuge der italienisch-schweizerischen Operation «Imponimento» wurden im Juli 2020 über 70 Personen verhaftet, von denen einige in der Schweiz wohnhaft waren. In Italien wurden in erster Instanz mehr als 100 Personen verurteilt, darunter der Wirt aus Muri, der eine Freiheitsstrafe von 17 Jahren erhielt.

Welche Strafe die Bundesanwaltschaft im ersten Mafia-Prozess seit Jahren beantragt, wird sie erst im Laufe des Prozesses bekannt geben. In der Schweiz sind die Strafen aber vergleichsweise mild. Der Mann sass 276 Tage in Untersuchungshaft und befindet sich seit fünf Jahren auf freiem Fuss. Seine Ausweispapiere sind gesperrt, zudem muss er sich regelmässig bei der Polizei melden. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Warnung vor der «Pro-Putin-Initiative»

Für die Gegner der Neutralitätsinitiative droht der Schweiz bei einem Ja ein starres Korsett, von dem Russland profitiert.

Christoph Bernet

Mit einer Friedenstaube wirbt das Initiativkomitee seit Wochen an Bahnhöfen, in Zügen oder in den Innenstädten für ein Ja zur Neutralitätsinitiative am 27. September.

Mit dem Ende der Sommerferienzeit ist am Montag auch das Nein-Lager offiziell in den Abstimmungskampf gestartet. Gleich acht Mitglieder von National- und Ständerat aus fünf Parteien – Grüne, SP, GLP, Mitte und FDP – traten vor die Medien, um ihre Argumente gegen die massgeblich von SVP-Übervater Christoph Blocher geprägte Initiative zu erläutern.

Blocher investiert 2 Millionen Franken

Auch wenn die Neutralitätsinitiative mit der SVP nur eine einzige grosse Partei hinter sich



Werben für ein Nein zur Neutralitätsinitiative: Andrea Gmür-Schönenberger (Mitte/LU), Mathilde Crevoisier Crelier (SP/JU), Cédric Wermuth (SP/AG), Isabelle Chappuis (Mitte/VD) und Sibel Arslan (Grüne/BS).

Bild: Peter Klauzner/Keystone

hat, ist das Ja-Lager finanziell klar im Vorteil. Gemäss den am Freitag von der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) publizierten vorläufigen Zahlen verfügen die Befürworter über

ein Budget von 3,8 Millionen Franken, die Gegner über 1,66 Millionen Franken.

Hauptfinancier der Ja-Kampagne ist Christoph Blocher selbst, der über 2 Millionen

Franken aus der eigenen Kasse beisteuert. Beim Nein-Lager stammt der grösste Beitrag – 1,2 Millionen Franken – vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse.

Am Ende entscheide nicht, welche Seite mehr Geld, sondern welche die überzeugenden Argumente habe, sagte die Luzerner Mitte-Ständerätin Andrea Gmür-Schönenberger darauf angesprochen.

Warnung vor «starrem Neutralitätskorsett»

Eine Überzeugung, die alle Anwesenden teilen: Ein Ja zur Initiative würde den aussenpolitischen Handlungsspielraum einschränken. Bei einer Annahme würde die Schweiz «in ein starres Neutralitätskorsett gezwungen», sagte etwa GLP-Fraktionschefin Corina Gredig. Die Initiative breche mit der seit

über 175 Jahren bewährten, pragmatischen Neutralitätspraxis der Schweiz.

FDP-Nationalrat Heinz Theiler kritisierte die Behauptung der Initianten, wonach eine besonders starre Auslegung der Neutralität die Schweiz davor schütze, in militärische Konflikte hineingezogen zu werden.

Das Gegenteil sei der Fall: Weil die Initiative es der Schweiz untersagen würde, sich Sanktionen anzuschliessen, die nicht vom UNO-Sicherheitsrat beschlossen worden sind, wäre sie gezwungen, «die Missachtung des Völkerrechts oder gewaltsame Grenzverschiebungen achselzuckend hinzunehmen». Das schwäche jene internationale Ordnung, von der Sicherheit, Freiheit und Wohlstand der Schweiz abhängen.

Wie mehrere andere Redner wies auch SP-Co-Präsident Cédric Wermuth darauf hin, dass die Initiative als Reaktion auf die Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland im Jahr 2022 entstanden ist.

SP-Wermuth: Nutzniesser wäre Putin

«Cui bono?», zu wessen Gunsten, sei die entscheidende Frage, so Wermuth. Seine Antwort: Die Neutralitätsinitiative nütze all jenen, gegen die sie Sanktionen richten, und wäre «ein Geschenk für Staaten, die schwerste Völkerrechtsverstösse begehen und andere Staaten militärisch angreifen». In Wahrheit handle es sich bei der Initiative um eine «Pro-Putin-Initiative», sagte Wermuth. Auch die bürgerlichen Initiativgegner auf dem Podium teilten diese Einschätzung.